

DOI: 10.5771/0342-300X-2019-3-177

Fragile Sicherheiten und Legitimationsprobleme

Rechtspopulismus aus arbeitssoziologischer Perspektive

Erkenntnisse über die Entwicklungen in der Arbeitswelt können einen wichtigen Baustein zur Erklärung rechtspopulistischer Tendenzen in der Gesellschaft liefern. Unter anderem geht es dabei um die anhaltende Verschärfung von Leistungsanforderungen und die Entsicherung von Arbeit. In diesem Beitrag richtet sich der Blick auf die subjektive Verarbeitung dieser Entwicklungen, insbesondere auf die Unterwerfung unter vermeintliche Sachzwänge auf der einen und den Glauben an das Leistungsprinzip als zentrale Grundlage für individuelles Sicherheitsempfinden auf der anderen Seite. Diskutiert werden ergänzende Ansatzmöglichkeiten, die Anfälligkeit für rechte Orientierungen zu erklären.

WOLFGANG MENZ, SARAH NIES

1 Einleitung

Die in den letzten zehn Jahren in der Arbeitssoziologie revitalisierte „Bewusstseinsforschung“¹ rückt den Zusammenhang von Arbeitserfahrungen und politischen Ansprüchen ins Zentrum und weist einen Fundus an empirischen Erkenntnissen zur Bewusstseinslage jener Bevölkerungsgruppe auf, die als besonders anfällig für rechtspopulistische Orientierungen gilt: Erwerbstätige in den mittleren Altersklassen und insbesondere männliche Arbeiter. Dennoch hat sich die Arbeits- und Industriesoziologie – bis auf wenige Ausnahmen² – bislang kaum an der Debatte um den Aufstieg des Rechtspopulismus beteiligt. Dieses Defizit lässt sich in Teilen dadurch erklären, dass rechtspopulistische Orientierungen mit Betriebsfallstudien und qualitativen Methoden – also dem typischen Instrumentenset der Arbeitssoziologie (vgl. Menz/Nies 2018) – nur schwer zu analysieren sind. Die Effekte sozialer Erwünschtheit sind bei offenen Face-to-face-Gesprächen hoch, auch bietet der klassische Feldzugang über die betrieblichen Hierarchien keine gute Gelegenheit, ein derart problematisches und umstrittenes Thema anzugehen. So stammt die Mehrheit der vorliegenden Befunde zu rechtspopulistischen Einstellungen (auch) von Arbeitnehmer*innen aus Studien der quantitativen Sozialforschung³ oder beruht als theoretisch-zeitdiagnostische Erklärung

des Rechtspopulismus auf einem eher impressionistischen Rückblick auf die allgemeine Datenlage ohne eigene empirische Erhebungen.

Unser Beitrag beruht auf der Überzeugung, dass die bestehenden Studien aus der arbeitssoziologischen Bewusstseinsforschung wichtige empirische Impulse für die Rechtspopulismus-Diskussion bieten können – denn auch wo rechte Einstellungen nicht explizit im Zentrum arbeitssoziologischer Bewusstseinsforschung stehen, lässt sich einiges über jene (Arbeits-)Erfahrungen und subjektiven Deutungen lernen, die oftmals als Grundlage zur Erklärung des Rechtspopulismus herangezogen werden. Auf Basis mehrerer eigener Studien zu Einstellungen, Arbeitserfahrungen und subjektiven Deutungen von Beschäftig-

1 Vgl. das Schwerpunktheft 7/2016 der WSI-Mitteilungen zum Thema „Gerechtigkeitsansprüche und Arbeitnehmerbewusstsein heute – neue Ansätze, neue Befunde“.

2 Siehe aber die Arbeiten unter Beteiligung von Dörre (2003; Dörre et al. 2004, 2018), Flecker (2008; Flecker/Kirschenhofer 2007) sowie von Detje und Sauer (2018; Sauer et al. 2018).

3 Zu nennen sind hier insbesondere die Untersuchungen zur „gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit“, die „Mitte-Studien“ sowie die Studien zur AfD-Wählerschaft und zu den Unterstützer*innen von Pegida (vgl. Decker 2018b; Heitmeyer 2012; Zick et al. 2016; Brenke/Kritikos 2017).

ten⁴ wollen wir daher der Frage nachgehen, inwieweit die geläufigsten Erklärungsthesen für Rechtspopulismus relevante Elemente des Beschäftigtenbewusstseins, wie wir es in den verschiedenen Studien untersucht haben, treffen. In Auseinandersetzung mit den Erklärungsansätzen und unseren eigenen Befunden wollen wir schließlich eine alternative – oder erweiterte – Interpretation vorschlagen, wie die Entwicklungen der Arbeit der letzten Jahrzehnte mit dem Aufstieg des Rechtspopulismus zusammenhängen könnten: Wir deuten die Artikulation rechter Einstellungen und die Abwertung von Menschen, die vor Krieg oder Armut nach Deutschland fliehen, aus dem Kontext eines brüchig gewordenen Glaubens an die Gültigkeit des Leistungsprinzips: einerseits als einen Versuch, eigene Zukunftsängste in einer als unsicher empfundenen Arbeitswelt weiterhin im Vertrauen auf die eigene Leistungsfähigkeit abzuwehren, und andererseits als Versuch, die eigenen relativen Privilegien (im globalen Kontext oder gegenüber diskriminierten Bevölkerungsgruppen) mit Berufung auf vermeintliche Leistungsgerechtigkeit zu rechtfertigen.

Die Gliederung des Beitrags orientiert sich an der Diskussion zentraler Thesen zur Erklärung des Rechtspopulismus, die wir jeweils in Bezug zu unseren eigenen Befunden stellen, die gleichermaßen als Ergänzung und Korrektur bestehender Diagnosen verstanden werden können. Wir steigen ein mit der Diskussion der These der „Repräsentationslücke“, der wir mit den Befunden aus unserem Material die These einer „Ent-Legitimierung von Politik“ gegenüberstellen. Als wichtiger Faktor erscheint uns dabei die Abnahme (arbeits-)politischer Auseinandersetzungen zugunsten der Verwaltung von (scheinbaren) Sachzwängen (Abschnitt 2). Zu den Thesen des „sekundären Autoritarismus“ und „marktförmigen Extremismus“ lassen sich in unserem Material wiederum viele Anschlusspunkte finden, die wir als „halbierten Marktautoritarismus“ bezeichnen (3). In kritischer Auseinandersetzung mit einer der geläufigsten Thesen – der Abstiegsthese – und auf Basis unserer Befunde (4) schließlich präsentieren wir den Verlust der Legitimationsfunktion von Leistung als einen Erklärungsansatz rechtspopulistischer Einstellungen (5).

2 Zur Repräsentationslücke: Ent-Legitimierung der (Arbeits-)Politik

Die These der „*Repräsentationslücke*“ rekurriert auf das Verhältnis von Arbeiterklasse und politischen Parteien. Die These, die an erster Stelle mit dem Namen des französischen Soziologen Eribon verknüpft ist, erklärt den Erfolg rechtspopulistischer Parteien aus dem Verlust politischer Identität durch die Distanzierung der klassischen Arbeiterparteien von ihrer Klientel. Nachdem diese sich dem neoliberalen Um- und Abbau staatlicher Arbeitspolitik

verschrieben hätten, wandere die Arbeiterklasse aus Alternativlosigkeit, gleichsam „als eine Art politische Notwehr“ (Eribon 2016, S.124), den rechtspopulistischen Parteien zu. Zwar sieht Eribon Rassismus, Homophobie und Sexismus seit jeher in den Einstellungen der (französischen) Arbeiterklasse verankert, die These der Repräsentationslücke bietet bei ihm aber eine Erklärung dafür, warum rassistische Orientierungen gegenüber sozialen Auseinandersetzungen politisches Gewicht gewinnen. Wenn auch die deutsche Situation von vornherein eine andere ist – allein schon, weil die enge Bindung zwischen Sozialdemokratie und Arbeiterschaft schon weitaus länger gelöst als der aktuelle Rechtsruck jung ist –, erfreut sich die These der Repräsentationslücke auch in der deutschen Debatte großer Beliebtheit (aktuell z. B. Urban 2018). Butterwegge et al. (2018) etwa argumentieren, dass die wachsende Ununterscheidbarkeit der beiden (bald ehemaligen?) Volksparteien CDU und SPD verantwortlich für ein Gefühl der politischen Heimatlosigkeit der Arbeitnehmer*innen ist.

Zweifel an der These der Repräsentationslücke sind – zumindest für Deutschland – insbesondere angebracht, wenn rechtes Wählerverhalten als Protest gegen Neoliberalismus interpretiert und als Anhaltspunkt dafür gelesen wird, dass es den Wähler*innen rechter Parteien „eigentlich“ nicht um rassistische Positionen gehe. Zunächst lässt sich hier festhalten, dass die AfD als vermeintlicher Gewinner dieser Lücke sich nicht als Protestpartei gegen neoliberale Politikformen und verfehlte Sozialpolitik positioniert. Auch wenn es also zutreffen sollte, dass die AfD von großen Teilen ihrer Wählerschaft nicht aus umfassender Identifikation mit den Parteiinhalten, sondern vor allem aus Kritik am Parteienmainstream unterstützt wird, deutet alles darauf hin, dass diese Kritik sich eben an der Frage der Flüchtlingspolitik entzündet und nicht an Differenzen in sozialpolitischen Fragen (vgl. Eversberg 2018). Gerade beim „Markenkern“ der AfD, der Islam- und Ausländerfeindlichkeit, ist wenig Differenz zwischen Partei und Wählerschaft erkennbar, während sozial- und wirtschaftspolitische Positionen innerhalb der Wählerschaft und der Partei deutlich uneinheitlicher ausfallen. Mit anderen Worten: Die AfD schummelt ihrer Wähler-

4 Den empirischen Hintergrund unseres Beitrags bilden eine größere HBS-Studie zu „Legitimationsproblemen in der Erwerbsarbeit“, die das ISF München gemeinsam mit dem SOFI Göttingen durchgeführt hat (Kratzer et al. 2015; Menz/Nies 2016; Interviews gekennzeichnet mit BL), sowie zwei kleinere Studien „Krise ohne Konflikt?“ und „Krisenerfahrungen und Politik“ (gekennzeichnet mit KP), finanziert von der Rosa-Luxemburg-Stiftung (Detje et al. 2011; Detje et al. 2013); außerdem verschiedene Studien aus den letzten Jahren, die sich mit betrieblicher Leistungs politik auseinandergesetzt haben (Menz et al. 2011; Menz/Nies 2015; gekennzeichnet mit LP), sowie eine Studie zum Management ständiger Erreichbarkeit (Menz et al. 2016; gekennzeichnet mit MA).

schaft keine rassistischen Positionen unter, sondern wird gerade für diese gewählt – nicht für eine (vermeintliche) Neoliberalismuskritik (Schröder 2018).

Wenn wir unsere empirischen Ergebnisse in Bezug zur These der Repräsentationslücke setzen, stoßen wir zunächst tatsächlich auf Befunde, in denen sich eine arbeitspolitische Heimatlosigkeit von Beschäftigten ausdrückt. Eine Heimatlosigkeit, die sich insbesondere als Folge der Agenda 2010 begreifen lässt (Detje et al. 2013). Allerdings trifft dies nur auf eine *spezifische und stark schrumpfende Gruppe* zu: nämlich auf ältere männliche, vormals sozialdemokratisch orientierte Industriearbeiter. Jenseits dieser spezifischen Gruppe tritt in unseren Interviews weniger ein schmerzhafter Verlust politischer Heimat zu Tage als eine Orientierung, die uns für das gegenwärtige Verhältnis der Felder Arbeit und Politik symptomatisch zu sein scheint: Die Befragten erwarten kaum noch, dass staatliche Politik oder politische Auseinandersetzungen wirksamen Einfluss auf die real erfahrbaren Bedingungen von Arbeit nehmen können; normative Erwartungen an eine politische Steuerungsfähigkeit von Ökonomie und Arbeit sind stark zurückgenommen. Wir haben es damit weniger mit einer klassischen politischen Legitimationskrise zu tun – dies würde bedeuten, dass Legitimitätsansprüche „von unten“ in Konflikt mit der politischen Handlungspraxis der Herrschenden geraten. Vielmehr erodieren ganz offensichtlich die Ansprüche selbst: Bestimmte normative Erwartungen werden gar nicht mehr formuliert, weil ihre Einlösung illusorisch erscheint. Wir beobachten derzeit nicht eine *De-*, sondern vielmehr eine *Ent-Legitimierung der (Arbeits-)Politik* (Menz 2017b). Der Nexus „Arbeit“ und „Politik“ ist weitgehend zerbrochen. Die Rahmenbedingungen der Arbeit, Beschäftigungsverhältnisse wie innerbetriebliche Arbeitsbedingungen erscheinen als Produkt eines ökonomischen Determinationsverhältnisses, das sich politischen Eingriffen weitgehend entzieht (und erst recht einem Protest der Beschäftigten). Problematische Arbeitserfahrungen – etwa Überlastungen und Überforderungen – werden nicht als Folge von Interessenkonflikten oder manageriellen Handlungsstrategien wahrgenommen, sondern als Ergebnis von nicht beeinflussbaren Marktzwängen (Menz/Nies 2015, 2016).

Obwohl sie sich angesichts des Arbeitspensums und Leistungsdrucks manchmal wie eine Sklavin vorkomme, so formuliert es eine junge Ingenieurin in einem unserer Interviews, sei dagegen nichts auszurichten, „weil, wir müssen uns ja rentieren. Ja. Und solange wir [gemeint ist das Unternehmen] auch nicht kostendeckend arbeiten, braucht man uns irgendwann mal nicht mehr.“ (BL, BA_B, 04, Bauingenieurin)

Prägend für das konkrete Arbeitserleben ist eine Verobjektivierung des Ökonomischen, die die Vorstellung interessengeleiteter Auseinandersetzungen und politischer Gestaltbarkeit verdrängt. Dieser Objektivitätsüberhang im Arbeitsalltag wird auf politischer Ebene durch Legitimationsmuster verstärkt, die sich besonders im Feld der Wirt-

schafts- und Sozialpolitik beständig auf Argumente der Unausweichlichkeit berufen. Während wirtschafts- und sozialpolitisches Handeln als notwendige Konsequenz äußerer Zwänge verhandelt wird, erscheint aber die Frage, ob man fliehenden Menschen eine Perspektive gewährt, als politisch verhandelbar. Die Grenzpolitik erscheint als letztes Residuum politischer Handlungsmacht. Vor dem Hintergrund der erlebten Ohnmacht im ökonomischen, sozialen und arbeitspolitischen Feld (vgl. Detje et al. 2011, 2013) verschieben sich, so unsere These, die Erwartungen an Handlungsmächtigkeit auf die Migrations- und Flüchtlingspolitik (und dies wird zugleich von den politischen Akteuren selbst befeuert, die in diesem Politikfeld den Entscheidungscharakter betonen). Hier kann imaginär ausagiert werden, was im Feld der Arbeit zunehmend unmöglich erscheint. Dies erscheint als Versuch, Handlungsmacht wiederherzustellen, wo sie ansonsten fehlt.

3 Der (halbierte) Autoritarismus des Marktes

Verschiedene Ansätze zur Erklärung des Rechtspopulismus stellen zentral auf die Rolle marktförmiger Herrschaftsmechanismen ab. Während die These der Repräsentationslücke ebenso wie Thesen, die auf Abstiegsängste rekurrieren (s. u.), vorwiegend Mechanismen herausstreichen, die die Betroffenheit und damit auch den Opferstatus rechter Anhänger verdeutlichen, wissen jene Ansätze Subjekt- und Objektposition von Rechtspopulisten systematisch zu verklammern: Das rechten Einstellungen zuneigende Subjekt grenzt aus, agiert aggressiv und verstärkt damit zugleich die Herrschaftsmechanismen, denen es selbst unterlegen ist. Dem Konzept des „*marktförmigen Extremismus*“ nach Hövermann und Groß folgend führt eine „verallgemeinerte neoliberale Norm der Selbstoptimierung“ (Hövermann/Groß 2016, S. 177; vgl. Groß/Hövermann 2018) zu Prozessen der Selbstdisziplinierung und zugleich zur Ausgrenzung und Abwertung derjenigen, die den selbst auferlegten Optimierungsnormen nicht zu genügen scheinen. Ein ähnliches Argument verfolgt Dörre mit dem Begriff des „*konformistischen Rechtspopulismus*“ (Dörre 2007, S. 31f.; Dörre 2016, S. 263f.). Oliver Decker schließlich knüpft an das sozialpsychologisch fundierte Autoritarismuskonzept an: Der aktuelle „sekundäre Autoritarismus“ funktioniert dabei nicht mehr über die identifikatorische Unterwerfung unter Vater- oder Führerfiguren, sondern über die „Identifikation mit der Größe und Stärke der Wirtschaft und der Gewalt des Marktes“ (Decker 2015, S. 30, vgl. Decker 2018a). Die Beschäftigten fürchteten und identifizierten sich mit dem Aggressor „Markt“, was ihre – objektiv nötige – Unterwerfung unter diesen zugleich psychologisch erleichterte.

Auch in unseren eigenen Interviews scheint zuweilen durchaus ein gewisser Stolz auf die ökonomische Potenz Deutschlands, den Titel des Exportweltmeisters oder einfach nur auf die wirtschaftliche Stärke des eigenen Arbeitgebers auf. Deutlicher noch tritt allerdings die andere Seite eines „Marktautoritarismus“ hervor: Die distanzlose Internalisierung systemischer Mechanismen und die angstgetriebene Unterwerfung unter die Autorität des Marktes. Besonders plastisch drückt sich das in einem Interview mit einer Kundenberaterin einer Filialbank aus:

„Manche können mit dem Druck nicht umgehen. Ich habe mir gedacht, Leute, verkauft du hier nichts, wirst du auch bei der Müller-Bäckerei nichts verkaufen, das schwöre ich dir bei Gott. Du wirst bei der Müller-Bäckerei auch nur eine einzige Brezel verkaufen, und die, die der Kunde will, ohne Salz. [...] Also geht Müller pleite wegen dir. Ja? Das ist echt so! Und dann braucht er doch hier nicht erzählen, er kann es hier nicht. Weil der, der es hier nicht macht, der macht es auch bei Müller nicht, der macht es bei Karstadt ... nirgends! [...] Also wir drehen uns doch im Kreis mit den ganzen anderen Wahnsinnigen, die Angst haben, irgendwie unterzugehen aufgrund dessen, wenn der Umsatz nicht stimmt, gell, da sind wir einfach alle da drin. [...] Alle Unternehmen, alle Firmen, egal ob Pharma, Bank, Autohaus, wurscht, alle leiden an dem gleichen Syndrom. Und zwar Untergang. Alle haben Angst vor dem Abgang, vor der Klospülung. [...] Wir haben wirklich Angst runtergespült zu werden. Und zwar mit den anderen, die da unten schon schwimmen und echt gar nicht mehr rauskommen, verstehen Sie mich? Darum geht es.“

(LP, FD_B04, Kundenberaterin)

Wir möchten an dieser Stelle von einem „halbierten Marktautoritarismus“ sprechen: Die positive Identifikation mit der wirtschaftlichen Macht ist eher gering ausgeprägt, der Aggressor Markt vermag nur wenig „Prothesen-Sicherheit“ (Fromm et al. 2005 [1936], S.124) zu spenden; die weitgehende Unterwerfung unter seine Macht dagegen ist omnipräsent. Auch wenn gegenläufige Gerechtigkeitsansprüche nicht grundsätzlich suspendiert werden (Struck et al. 2005), dominiert die Erwartung an sich selbst und ebenso an die anderen, diese im Zweifel zurückzustellen und sich den wahrgenommenen Marktzwängen und dem daraus resultierenden Anforderungsregime zu fügen.

4 Zur AbstiegsThese: „Absenkung von Vergleichsordnungen“ und Leistung als Sicherheitsprothese

Am populärsten in der Soziologie sind Erklärungen von rechtspopulistischen Orientierungen aus dem Kontext von *Prekarisierungs- und Abstiegsprozessen* (stellvertretend für viele: Nachtwey 2015, 2016; Butterwegge 2018). Die „objektivistische Variante“ dieser These steht allerdings vor dem Problem, dass sich ein klarer Zusammenhang zwi-

schen materieller Deprivation und rechtspopulistischen Einstellungen bzw. Wahlverhalten statistisch nicht belegen lässt. Fast alle quantitativen Studien machen deutlich, dass diejenigen Gruppen, die am stärksten unter der Verschärfung der gesellschaftlichen Ungleichheitsstrukturen leiden – die untersten Einkommensklassen, Menschen mit Arbeitslosigkeitserfahrungen, Beschäftigte ohne Berufsausbildung –, keineswegs stärker als der Bevölkerungsdurchschnitt zu Rechtspopulismus neigen (Lengfeld 2017; Hilmer et al. 2017; Manow 2018).

Eine Sonderauswertung der Leipziger „Mitte-Studie“ zur sozialen Lage kommt zu dem Ergebnis, dass es einfache Arbeiter und Facharbeiter sowie einfache Angestellte sind, die häufiger rechtsextreme Orientierungen formulieren. Dabei umfassen diese Gruppen sowohl sehr niedrige und mittlere als auch höhere Einkommensklassen (Stark et al. 2017). Von Bedeutung scheint also eher der Berufsstatus (was mit hoher Wahrscheinlichkeit impliziert: auch Erfahrungen in der Arbeit) als die materielle Situation zu sein.

Mangels statistischer Bestätigung wird die AbstiegsThese mittlerweile aber häufiger in einer „subjektiven Variante“ formuliert: Nicht objektiv messbarer Statusverlust, sondern empfundene Abstiegsängste erklären z. B. Präferenzen für die AfD (empirisch bestens fundiert: Hilmer et al. 2017). Relevant sind also demnach spezifische Verarbeitungsformen von Erfahrungen in Arbeit und Gesellschaft.⁵

Betrachten wir unser eigenes empirisches Material, lassen sich in diesem Kontext zwei zentrale Befunde festhalten:

(1) Über alle Qualifikationsstufen und Einkommensklassen hinweg teilen unsere Befragten tatsächlich die Einschätzung einer allgemeinen Abstiegtendenz. Die soziale Ungleichheit wachse, ungesicherte Beschäftigungsverhältnisse nähmen zu, die Leistungsanforderungen stiegen, während Löhne und Gehälter stagnierten oder sanken – so die weitgehend geteilte Wahrnehmung. Aber: Fast ebenso durchgängig fühlen sich die befragten Beschäftigten selbst weniger stark von den negativen Entwicklungen tangiert als ihre soziale Umgebung. Die Beschäftigten leben im allgemeinen Bewusstsein einer Abstiegs-Gesellschaft, aber die Mehrheit sieht sich persönlich davon kaum betroffen. Die gesellschaftliche und ökonomische Situation insgesamt verschlechtere sich, während der eigene Status eher stabil bleibe oder sich im Vergleich weniger stark senke. Ein Statement, auf das wir immer wieder in

5 Der Differenzierung halber sei hier darauf hingewiesen, dass zumeist verschiedene Erklärungshypothesen miteinander verbunden werden. So rekurriert etwa Nachtwey nicht nur auf real erlebte Abstiegsprozesse zur Erklärung von Rechtspopulismus, sondern ebenfalls auf Abstiegsängste und greift zudem auf die Autoritarismus-These zurück.

unseren Interviews treffen, lautet: „Mir geht es ja noch gut.“⁶ Selbst Beschäftigte, die wir in akuten Krisensituationen befragt haben – etwa nach der Ankündigung von Betriebsschließungen (Kratzer et al. 2015, S. 283ff.) oder in der Kurzarbeitsphase während der großen Krise (Detje et al. 2013) –, beschreiben ihre individuelle Situation vor dem Hintergrund sinkender Referenzfolien als vergleichsweise gut. Die Ursache für ein hohes *allgemeines*, gleichzeitig aber eher geringes *individuelles* Krisenbewusstsein selbst bei objektiver Betroffenheit sehen wir in einer „*Absenkung*“ und „*Globalisierung von Vergleichsordnungen*“. Die Beschäftigten bewerten ihre eigene Situation immer anhand von Vergleichen in zeitlicher, räumlicher oder sozialer Dimension. Charakteristisch ist nun, dass vormals fernere Vergleichsgruppen immer näher heranrücken: Arbeitnehmer*innen aus der Stammebelegschaft arbeiten enger mit Leiharbeiter*innen zusammen; im Gefolge der Wirtschaftskrise fällt der Blick auf die südeuropäischen Schuldnerstaaten; die reale oder mediale Präsenz von Menschen, die aus Krisen- und Kriegsgebieten fliehen, macht deutlich, dass die eigene materielle Situation im globalen Vergleich relativ gut ist.

(2) Zu dieser Erosion sozialer Vergleichsniveaus kommt ein zweiter wichtiger Befund aus unseren Studien hinzu: Das (Selbst-)Vertrauen, von dem allgemeinen sozialen und ökonomischen Abstieg nicht wesentlich betroffen zu sein, beruht vor allem auf dem Glauben an die eigene Leistungsfähigkeit. Die relative Sicherheit, in der sich die Mehrzahl der befragten Beschäftigten weiterhin wähnt, speist sich nicht aus den Leistungen des Sozialstaats und häufig auch nicht aus dem Vertrauen in den „guten Betrieb“ (dies gilt nur für Beschäftigte in stabilen Großunternehmen). Vielmehr ist es der Glaube an die eigenen Kompetenzen und Fähigkeiten, an die eigene Anpassungsfähigkeit, bisweilen auch an die eigene Genügsamkeit, die Sicherheit spendet.

„Also ich für mich sehe es, muss ich ehrlich sagen, nicht mehr so negativ. [...] Meine Eigentumswohnung ist so gut wie bezahlt. [...] Ich habe schon in meinem Leben Krisen gehabt, wo ich dann plötzlich ganz andere Tätigkeiten gemacht habe, weil Gefahr im Verzug war. Und nach der Scheidung war ein Berg voller Schulden, dann habe ich mal kurz Anlage gefahren, 12-Stunden-Schicht, und habe nebenbei noch in einer Schreinerei Innenausbau gemacht. Und habe noch nebenbei Totengräber gemacht. [...] Solange ich gesund bin, zwei gesunde Hände habe, kann man sich auf vieles einstellen.“ (KP, GD_04, Metallarbeiter/Gruppendiskussion)

Das Wort „solange“ im Zitat deutet aber zugleich bereits an, dass die Sicherheit, die die eigene Leistungsfähigkeit spendet, fragil ist. Eine solche Fragilität ist für das Arbeitsleben vieler Beschäftigter charakteristisch, wie wir vor allem in unseren Studien zur Leistungs- und Belastungssituation sehen können. Denn daran, dass der Arbeitsdruck gestiegen und ein ständig höherer Leistungsaufwand nötig ist, lassen die Befragten keinen Zweifel. Immer mehr Be-

schäftigte sehen sich beständig steigenden Leistungsanforderungen ausgesetzt und entwickeln angesichts der Selbstbeschleunigung von Zielspiralen Gefühle eines „permanenten Ungenügens“ (vgl. Dunkel et al. 2010; Menz/Nies 2015):

„Man hat es jeden Tag, man hat es jede Woche, man hat es jeden Monat oder jedes Jahr. Wenn man die Ziele erreicht, dann ist das heute gut und morgen ist ein neuer Tag und es ist schon wieder alles vergessen. Und es ist so, Sie können schaffen oder erreichen, so viel wie Sie wollen, mittlerweile hat jeder von uns das Gefühl, es ist nie genug. Das, was Sie heute erreicht haben und was als Messlatte gesetzt worden ist, wenn das geschafft wird, dann wird einfach noch eine Schippe draufgepackt.“

(LP, FD_B03, Angestellter Finanzdienstleistungen)

„Sie haben ein Hochwasser erlebt, und das Wasser geht langsam zurück, und Sie sehen, da ist der ganze Schmodder. Und Sie räumen den Schmodder weg. Und dann gucken Sie in den Wetterbericht und wissen, da kommt schon wieder eine Hochwasserflut. Dann wissen Sie ganz genau, Sie fangen wieder mit dem Blödsinn an. Und irgendwie kommt kein Sommer und das Wetter wird ruhiger.“

(MA, Mitarbeiter IT-Unternehmen)

Recht eindrücklich erinnern die Zitate an die Rolltreppenmetapher von Oliver Nachtwey (2016, S. 126ff.): Beschäftigte müssen immer schneller laufen, um auf einer abwärts fahrenden Rolltreppe ihre Position zu halten – auch wenn zunächst nicht konkrete Ängste vor sozialem Statusverlust, sondern diffuse Befürchtungen und schlichtweg Überforderung und Überlastung die Wahrnehmung der Beschäftigten prägen. Dennoch stellt gerade vor dem Hintergrund des gestiegenen Leistungsdrucks die Pflege und Optimierung der eigenen Leistungsfähigkeit umso mehr einen zentralen Faktor dar, in einer unsicher erlebten Welt Verlässlichkeit zu schaffen.

Hinzu kommt, dass „Leistung“ nicht nur einen – zunehmend brüchigen – Sicherheitsanker angesichts wachsender äußerer Unwägbarkeiten darstellt; das Leistungsprinzip ist auch stark normativ besetzt. Allen soziologischen Unkenrufen zur Erosion von Leistung als sozialem Deutungsmuster zum Trotz (so z. B. bereits Offe 1970; vgl. Neckel 2008) ist Leistung nach wie vor zentrales Begründungsprinzip für Forderungen und Ansprüche unserer Befragten, für Kritik an Unternehmen und Gesellschaft genauso wie für die Rechtfertigung von sozialen Ungleichheiten und immer auch zugleich Anspruch an sich selbst. Die verbreitete Einschätzung unserer Befragten, sich durch Anpassung und Leistungsverausgabung den

6 Zu ähnlichen Ergebnissen kommen etwa auch Dubet (2008) sowie Hürtgen/Voswinkel (2014). In etwas anderer Form weist auch die These „Guter Betrieb, schlechte Gesellschaft“ von Dörre et al. (2011) auf jene charakteristische Dualisierung der Wahrnehmung hin.

eigenen Arbeits- und Lebensstandard „verdient“ zu haben, macht die enorme Persistenz des Leistungsprinzips als Legitimationsweise deutlich (Kratzer et al. 2015; Menz 2017a).

5 Fazit: Irritiertes Leistungsbewusstsein als Einfallstor des Rechtspopulismus

Auf Basis der Konfrontation unseres empirischen Materials mit den geläufigen Erklärungsthesen für den Aufschwung rechtspopulistischer Orientierungen möchten wir folgende Überlegungen formulieren:

Wir begreifen die Artikulation rechter Einstellungen und die Abwertung von Menschen, die vor Krieg oder Armut nach Deutschland fliehen, *auch* als eine Abwehr des unheilvollen Verdachts, dass die Gültigkeit des Leistungsprinzips brüchig geworden ist und damit gleichermaßen die Rechtfertigung des eigenen Status als auch die eigene Sicherheitskonstruktion unhaltbar ist. Ausgrenzungsbestrebungen können hier als eine Reaktion auf ein bewusstseinsinternes Dilemma gedeutet werden:

Mit der erlebten Abstiegsgesellschaft *um uns herum*, mit dem Sinken der Vergleichshorizonte, mit der globalen Wirtschaftskrise und mit der zunehmenden Präsenz von Menschen, die (ganz offenkundig unverschuldet) vor Krieg und Armut zu fliehen gezwungen sind, wird ganz und gar offensichtlich, dass die meritokratische Annahme, man habe sich seine eigene Position primär durch eigene Anstrengungen verdient, unhaltbar wird (und vermutlich auch schon immer war). Nicht die vermeintliche Schlechterstellung gegenüber geflüchteten Mitmenschen oder eine vermeintlich drohende Konkurrenz stellen gemäß unserer These den so zentralen Glauben an die Gültigkeit des Leistungsprinzips infrage, sondern die eigene relative Besserstellung gegenüber der unverschuldet schlechteren Lage der Geflüchteten.

Der Versuch, die eigene Position im globalen sozialen Gefüge von Arbeit durch die eigene Leistung zu rechtfertigen, ist zugleich deshalb so zentral, weil nur so das Vertrauen in die eigene Leistungsfähigkeit auch vor Unsicherheit und Abstiegsängsten zu schützen vermag. Steht die Gültigkeit des Leistungsprinzips zur Disposition, erodiert auch die Grundlage des eigenen Sicherheitsresidums. Die Figur der „Geflüchteten“ stellt so die Legitimität der eigenen sozialen Position und zugleich die Basis des (ohnehin schon fragilen) eigenen Sicherheitsempfindens infrage. Deshalb reagieren Rechtspopulisten aggressiv auf sie. Erst mit der Imagination ungerechtfertigter Privilegien dieser Gruppe oder dem Selbstverschulden ihrer Situation wird der Glaube an die leistungsgerechte Ordnung wieder restauriert. Die Deutungsmuster für entsprechende Aus-

blendungen und Abwertungen stellt der Rechtspopulismus bereit. Sie bieten eine (vermeintliche) Lösung der Legitimationsprobleme sozialer Ungleichheit, die aus der brüchig gewordenen Gültigkeit des Leistungsprinzips resultieren. Rechtspopulisten und -populistinnen begegnen der Einsicht in die brüchige Gültigkeit des Meritokratieprinzips, die sich mehr und mehr ins eigene Bewusstsein einschleichen möchte, also mit der Aggression gegenüber denjenigen, die einem diesen Nachweis beständig vor Augen halten: Geflüchteten, aber auch sozial Schwächeren. Nicht zufällig, so meinen wir, finden wir in den Einstellungen von Rechtspopulist*innen daher verbreitet auch Abwertungen sozial Schlechtergestellter. Leiharbeitende werden aus der Solidargemeinschaft herausdefiniert, geflüchteten Menschen wird die Schuld an ihrer Lage selbst zugeschrieben. Ebenfalls nicht zufällig wird dabei immer wieder auf deren vermeintlich fehlenden Leistungswillen verwiesen – eine Konstruktion, die die Gültigkeit des Leistungsprinzips verzweifelt wiederherzustellen versucht.

Damit scheinen hier Mechanismen auf, die (mit unterschiedlichen Akzentsetzungen) bereits in der Diskussion um Ausgrenzung und Rassismus im Feld der Cultural Studies wie auch der kritischen Psychologie thematisiert wurden: „Weil ich es mit dem Bild von mir nicht vereinen kann, dass ich anderen zur Absicherung meiner Privilegien Unrecht tue, muss ich das ihnen von mir Angetane oder Geduldete durch ihre ‚Eigenschaften‘ rechtfertigen“ (Osterkamp 2017, S.287). Dazu werden den „Anderen“ diejenigen Fähigkeiten abgesprochen, welche die Ausgrenzenden gerade sich selber in besonderer Weise zuschreiben (und damit bekämpfen diese zugleich ihre eigene Ungewissheit, ob sie selbst überhaupt über diese Fähigkeiten verfügen): „Die ausgeschlossene Gruppe verkörpert das Gegenteil der Tugenden, die die Identitätsgemeinschaft auszeichne“ (Hall 1989, S.919). Dieser Mechanismus verschärft sich in einer Epoche, in der die Arbeitnehmer*innen betriebliche und sozialstaatliche Absicherungen tendenziell verlieren und zugleich selbst unter verstärktem Leistungsdruck geraten und die (Prothesen-)Sicherheit des eigenen Leistungsvermögens ganz besonders nötig hätten. Wer sich die *doppelte Illusion des Leistungsprinzips* nicht einzugestehen vermag, flüchtet in rechtspopulistische Orientierungen.

Bietet die Abstiegsthese als Erklärung für Rechtspopulismus einen relativ eindeutigen (wenn auch nicht ganz einfach zu realisierenden) Handlungsansatz für Interessenpolitik – die Revitalisierung der sozialen Gerechtigkeit über defensive Abwehrkämpfe hinaus –, verlangt unsere These nach noch darüber hinausgehenden Lösungen. Auch wir stellen unsere Erklärung in den Kontext sich verschlechternder Beschäftigungs- und Arbeitsbedingungen und sehen es daher als wichtig an, dass und wie interessenpolitische Kontroversen auf der betrieblichen Ebene ausgefochten werden. Es muss also zum einen darum gehen, Sachzwänge zu entmythisieren und betriebliche Auseinandersetzungen wieder stärker als Interessenkonflikte zu

thematisieren. Dies betrifft nicht nur Fragen des Einkommens und sozialer Ungleichheit, sondern insbesondere auch die Arbeits- und Leistungsbedingungen. Auch und gerade dort, wo unter gegebenen Bedingungen die Handlungsmöglichkeiten beschränkt bleiben, gilt es, die interessengeleitete und menschengemachte Genese der Situation aufzudecken. Dies mag nicht immer in konkreten Erfolgen münden, trägt aber zur Sichtbarkeit und Transparenz von Interessenlagen bei. Dabei müssen soziale Fragen in eigensinniger Weise thematisiert werden, anstatt diese von vorneherein auf Basis des Machbaren zu definieren. Die Konflikte auf sozialer Ebene auszutragen darf allerdings nicht zugleich heißen, die Bedeutung rechtspopulistischer Positionen – in wie außerhalb der Arbeitnehmererschaft – unter Verweis auf ihre sozialen Entstehungskontexte zu relativieren. Erforderlich ist vielmehr – auch auf gewerkschaftlicher Ebene – eine Stärkung des Bewusstseins, dass soziale Fragen *alle* Beschäftigtengruppen betreffen und damit auch Antidiskriminierungs- oder die vielgescholtene Identitätspolitik eine Frage sozialer Gerechtigkeit ist (van Dyk/Graefe 2018). Der Einsatz gegen Rechtspopulismus kann sich zudem nicht auf den Kampf um die Köpfe derer konzentrieren, die rassistische Positionen vertreten, sondern bedeutet auch die bedingungslose Solidarität mit jenen, die von den Rechten diskriminiert werden. Wichtig ist überdies, die – unabdingbare – Debatte um soziale Ungleichheit und Arbeits- und Leistungsbedingungen nicht nationalstaatlich beschränkt zu führen, sondern globale Ungleichheitsstrukturen ins Zentrum zu rücken. ■

LITERATUR

- Brenke, K. / Kritikos, A. S.** (2017): Wählerstruktur im Wandel, DIW Wochenbericht 29/2017, Berlin
- Butterwegge, C.** (2018): Die soziale Spaltung und der Erfolg des Rechtspopulismus, in: Butterwegge, C. / Hentges, G. / Lösche, B. (Hrsg.): Auf dem Weg in eine andere Republik? Neoliberalismus, Standortnationalismus und Rechtspopulismus, Weinheim, S. 40–62
- Butterwegge, C. / Hentges, G. / Wiegand, G.** (2018): Rechtspopulisten im Parlament. Polemik, Agitation und Propaganda der AfD, Frankfurt a. M.
- Decker, O.** (2015): Narzisstische Plombe und sekundärer Autoritarismus, in: Ders. / Kiess, J. / Brähler, E. (Hrsg.): Rechtsextremismus der Mitte und sekundärer Autoritarismus, Gießen, S. 21–33
- Decker, O.** (2018a): Flucht ins Autoritäre, in: Ders. (Hrsg.), a. a. O., S. 15–63
- Decker, O.** (Hrsg.) (2018b): Flucht ins Autoritäre. Rechtsextreme Dynamiken in der Mitte der Gesellschaft: die Leipziger Autoritarismus-Studie 2018, Gießen
- Detje, R. / Menz, W. / Nies, S. / Sauer, D.** (2011): Krise ohne Konflikt? Interessen- und Handlungsorientierungen im Betrieb – die Sicht von Betroffenen, Hamburg
- Detje, R. / Menz, W. / Nies, S. / Sauer, D. / Bischoff, J.** (2013): Krisenerfahrungen und Politik. Der Blick von unten auf Betrieb, Gewerkschaft und Staat, Hamburg
- Detje, R. / Sauer, D.** (2018): Betriebliche Zustände – Ein Nährboden des Rechtspopulismus? Eine arbeitsweltliche Spurensuche, in: Becker, K. / Dörre, K. / Reif-Spöck, P. (Hrsg.): Arbeiterbewegung von rechts? Ungleichheit – Verteilungskämpfe – populistische Revolte, Frankfurt a. M. / New York, S. 197–210
- Dörre, K.** (2003): Rechte Orientierungen in der Arbeitswelt: Marktsteuerung als Ursache des neuen Rechtspopulismus?, in: Journal für Konflikt und Gewaltforschung 5 (2), S. 103–120
- Dörre, K.** (2007): Prekarisierung und Rechtspopulismus. Gibt es einen Zusammenhang?, in: Friedrich-Ebert-Stiftung (Hrsg.): Rechte Orientierungen bei Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern, Berlin, S. 24–34
- Dörre, K.** (2016): Die national-soziale Gefahr. PEGIDA, Neue Rechte und der Verteilungskonflikt – sechs Thesen, in: Rehberg, K.-S. / Kunz, F. / Schlinzig, T. (Hrsg.): Pegida. Rechtspopulismus zwischen Fremdenangst und „Wende“-Enttäuschung? Analysen im Überblick, Bielefeld, S. 259–274
- Dörre, K. / Bose, S. / Lütten, J. / Köster, J.** (2018): Arbeiterbewegung von rechts? Motive und Grenzen einer imaginären Revolte, in: Berliner Journal für Soziologie 28 (1–2), S. 55–89
- Dörre, K. / Hänel, A. / Holst, H. / Matuschek, I.** (2011): Guter Betrieb, schlechte Gesellschaft? Arbeits- und Gesellschaftsbewusstsein im Prozess kapitalistischer Landnahme, in: Koppetsch, C. (Hrsg.): Nachrichten aus den Innenwelten des Kapitalismus. Zur Transformation moderner Subjektivität, Wiesbaden, S. 21–49
- Dörre, K. / Kraemer, K. / Speidel, F.** (2004): Marktsteuerung und Prekarisierung der Arbeit. Nährboden für rechtspopulistische Orientierungen? Hypothesen und empirische Befunde, in: Bischoff, J. / Dörre, K. / Gauthier, E. (Hrsg.): Moderner Rechtspopulismus. Ursachen, Wirkungen, Gegenstrategien, Hamburg, S. 77–118
- Dubet, F.** (2008): Ungerechtigkeiten. Zum subjektiven Ungerechtigkeitsempfinden am Arbeitsplatz, Hamburg
- Dunkel, W. / Kratzer, N. / Menz, W.** (2010): „Permanentes Ungenügen“ und „Veränderung in Permanenz“ – Belastungen durch neue Steuerungsformen, in: WSI-Mitteilungen 63 (7), S. 357–364, https://www.boeckler.de/wsimit_2010_07_dunkel.pdf
- van Dyk, S. / Graefe, S.** (2018): Identitätspolitik oder Klassenkampf? Über eine falsche Alternative in Zeiten des Rechtspopulismus, in: Becker, K. / Dörre, K. / Reif-Spöck, P. (Hrsg.): Arbeiterbewegung von rechts? Ungleichheit – Verteilungskämpfe – populistische Revolte, Frankfurt a. M. / New York, S. 337–353
- Eribon, D.** (2016): Rückkehr nach Reims, Berlin
- Eversberg, D.** (2018): Innerimperiale Kämpfe: Der autoritäre Nationalismus der AfD und die imperiale Lebensweise, DFG-Kollegforscher_innengruppe Postwachstumsgesellschaften: Working Paper 7/2017, Jena
- Flecker, J.** (2008): Die populistische Lücke. Umbrüche in der Arbeitswelt und ihre politische Verarbeitung, in: Butterwegge, C. / Hentges, G. (Hrsg.): Rechtspopulismus, Arbeitswelt und Armut. Befunde aus Deutschland, Österreich und der Schweiz, Opladen, S. 79–100
- Flecker, J. / Kirschenhofer, S.** (2007): Die populistische Lücke. Umbrüche in der Arbeitswelt und Aufstieg des Rechtspopulismus am Beispiel Österreichs, Berlin
- Fromm, E. / Horkheimer, M. / Marcuse, H.** (2005 [1936]): Studien über Autorität und Familie. Forschungsberichte aus dem Institut für Sozialforschung, Springe
- Groß, E. / Hövermann, A.** (2018): Marktförmiger Extremismus. Abwertung, Ausgrenzung und Rassismus vor dem Hintergrund einer Ökonomisierung der Gesellschaft, in: Gomolla, M. / Menk, M. / Kollender, E. (Hrsg.): Rassismus und Rechtsextremismus in Deutschland. Figurationen und Interventionen in Gesellschaft und staatlichen Institutionen, Weinheim, S. 110–126
- Hall, S.** (1989): Rassismus als ideologischer Diskurs, in: Das Argument 31 (6), S. 913–921
- Heitmeyer, W.** (Hrsg.) (2012): Deutsche Zustände, Folge 10, Berlin
- Hilmer, R. / Kohlrausch, B. / Müller-Hilmer, R. / Gagné, J.** (2017): Einstellung und soziale Lebenslage. Eine Spurensuche nach Gründen für rechtspopulistische Orientierung, auch unter Gewerkschaftsmitgliedern, Düsseldorf
- Hövermann, A. / Groß, E.** (2016): Menschenfeindlicher und rechtsextrem – Die Veränderung der Einstellungen unter AfD-Sympathisanten zwischen 2014 und 2016, in: Zick, A. et al. (Hrsg.), a. a. O., S. 167–183
- Hürtgen, S. / Voswinkel, S.** (2014): Nichtnormale Normalität? Anspruchslogiken aus der Arbeitnehmermitte, Berlin
- Kratzer, N. / Menz, W. / Tullius, K. / Wolf, H.** (2015): Legitimationsprobleme in der Erwerbsarbeit. Gerechtigkeitsansprüche und Handlungsorientierungen in Arbeit und Betrieb, Baden-Baden
- Lengfeld, H.** (2017): Die „Alternative für Deutschland“: eine Partei für Modernisierungsverlierer?, in: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie 69 (2), S. 209–232
- Manow, P.** (2018): Die politische Ökonomie des Populismus, Berlin
- Menz, W.** (2017a): Das befremdliche Überleben der Leistungsgerechtigkeit. Zur Beharrlichkeit eines vielfach totgesagten normativen Prinzips, in: Aulenbacher, B. / Dammayr, M. / Dörre, K. / Menz, W. / Riegraf, B. / Wolf, H. (Hrsg.): Leistung und Gerechtigkeit. Das umstrittene Versprechen des Kapitalismus, Weinheim/Basel, S. 191–209
- Menz, W.** (2017b): Gerechtigkeit, Rationalität und interessenpolitische Mobilisierung. Die Perspektive einer Soziologie der Legitimation, in: Artus, I. / Birke, P. / Kerber-Clasen, S. / Menz, W. (Hrsg.): Sorge-Kämpfe. Auseinandersetzungen um Arbeit in sozialen Dienstleistungen, Hamburg, S. 278–305
- Menz, W. / Dunkel, W. / Kratzer, N.** (2011): Leistung und Leiden. Neue Steuerungsformen von Leistung und ihre Belastungswirkungen, in: Kratzer, N. / Dunkel, W. / Becker, K. / Hinrichs, S. (Hrsg.): Arbeit und Gesundheit im Konflikt, Berlin, S. 143–198
- Menz, W. / Nies, S.** (2015): Wenn allein der Erfolg zählt. Belastungen und Work-Life-Balance in den Finanzdienstleistungen, in: Kratzer, N. / Menz, W. / Pantert, B. (Hrsg.): Work-Life-Balance – Eine Frage der Leistungs politik. Analysen und Gestaltungsansätze, Wiesbaden, S. 233–274
- Menz, W. / Nies, S.** (2016): Gerechtigkeit und Rationalität – Motive interessenpolitischer Aktivierung, in: WSI-Mitteilungen 68 (7), S. 530–539, https://www.boeckler.de/wsimit_2016_07_menz.pdf

Menz, W. / Nies, S. (2018): Methoden der Arbeitssoziologie, in: Böhle, F. / Voß, G. G. / Wachtler, G. (Hrsg.): Handbuch Arbeitssoziologie, 2. Aufl., Wiesbaden, S. 265–318

Menz, W. / Pauls, N. / Pangert, B. (2016): Arbeitsbezogene erweiterte Erreichbarkeit: Ursachen, Umgangsstrategien und Bewertung am Beispiel von IT-Beschäftigten, in: Wirtschaftspsychologie (2), S. 55–66

Nachtwey, O. (2015): Rechte Wutbürger. Pegida oder das autoritäre Syndrom, in: Blätter für deutsche und internationale Politik 3/2015, S. 81–89

Nachtwey, O. (2016): Die Abstiegs-gesellschaft, Berlin

Neckel, S. (2008): Flucht nach vorn. Die Erfolgskultur der Marktgesellschaft, Frankfurt a. M. / New York

Offe, C. (1970): Leistungsprinzip und industrielle Arbeit. Mechanismen der Statusverteilung in Arbeitsorganisationen der industriellen „Leistungsgesellschaft“, Frankfurt a. M.

Osterkamp, U. (2017): Institutioneller Rassismus: Problematik und Perspektiven, in: Kalpaka, A. / Rätzkel, N. / Weber, K. (Hrsg.): Rassismus. Die Schwierigkeit, nicht rassistisch zu sein, Hamburg, S. 281–302

Sauer, D. / Stöger, U. / Bischoff, J. / Detje, R. / Müller, B. (2018): Rechtspopulismus und Gewerkschaften. Eine arbeitsweltliche Spurensuche, Hamburg

Schröder, M. (2018): AfD-Unterstützer sind nicht abgehängt, sondern ausländerfeindlich, DIW: SOEPpapers on Multidisciplinary Panel Data Research 975, Berlin

Stark, T. / Wegscheider, C. / Brähler, E. / Decker, O. (2017): Sind Rechtsextremisten sozial ausgegrenzt? Eine Analyse der sozialen Lage und Einstellungen zum Rechtsextremismus, Rosa-Luxemburg Stiftung: RLS Papers 2/2017, Berlin

Struck, O. / Köhler, C. / Krause, A. / Sohr, T. / Pfeifer, C. (2005): Schutzzone Organisation – Risikozone Markt? Entlassungen, Gerechtigkeitsbewertung und

Handlungsfolgen, in: Kronauer, M. / Linne, G. (Hrsg.): Flexicurity. Die Suche nach Sicherheit in der Flexibilität, Berlin, S. 295–316

Urban, H.-J. (2018): Epochenthema Migration: Die Mosaiklinie in der Zerreißprobe?, in: Blätter für deutsche und internationale Politik 9/2018, S. 101–112

Zick, A. / Küpper, B. / Krause, D. (Hrsg.) (2016): Gespaltene Mitte – Feindselige Zustände. Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland 2016, Bonn

AUTOREN

SARAH NIES, Dr., Soziologin und wissenschaftliche Mitarbeiterin am Institut für Sozialwissenschaftliche Forschung e. V. – ISF München. Forschungsschwerpunkte: Arbeitssubjekt, Leistungssteuerung, Kapitalismustheorie.

@ sarah.nies@isf-muenchen.de

WOLFGANG MENZ, Dr., Professor für Soziologie, insbesondere Arbeit, Organisation und Innovation, am Fachbereich Sozialökonomie der Universität Hamburg. Forschungsschwerpunkte: Arbeits- und Organisationssoziologie, Technik- und Wissenschaftsforschung, qualitative Methoden der empirischen Sozialforschung.

@ wolfgang.christian.menz@uni-hamburg.de